

AUSSENPOLITIK

BRD

(1) Antrittsbesuch Wang Shu's bei
Bundeswirtschaftsminister Friderichs

Hans Friderichs hat den Geschäftsträger der Botschaft der VRCh, Wang Shu, zu einem Antrittsbesuch empfangen, wobei beide Seiten sich dafür aussprachen, daß auf der Grundlage des im Dezember paraphierten Handelsabkommens die Wirtschaftsbeziehungen nachhaltig ausgeweitet werden sollten (5.2.73) (NfA 6.2.73, NCNA 6.2.73).

(2) Chinesischer und deutscher Botschafter
benannt

Am 4.2. traf der Gesandte Heinrich Röhreke in Peking ein. Der 62jährige Röhreke spricht Chinesisch und war vorher zweiter Mann an der deutschen Botschaft in Tokyo. Bis zum Eintreffen des ersten deutschen Botschafters in Peking wird er dort die Amtsgeschäfte wahrnehmen (Welt 5.2.73).

Dem deutschen Botschafter in Washington, Rolf Pauls, ist das Agrément als erster Botschafter der Bundesrepublik in Peking erteilt und gleichzeitig der chinesische Botschafter Wang Yü-t'ien für Bonn designiert worden (FAZ 9.2.73). Die Entscheidung wurde dem Gesandten Röhreke vom Stellvertretenden Außenminister Ch'iao Kuan-hua mitgeteilt, als er sein Beglaubigungsschreiben überreichte.

(3) Pekings Botschafter Wang Yü-t'ien (王雨田)

Peking hat mit dem 58jährigen Wang Yü-t'ien (nach anderen Quellen geb. 1910) einen erfahrenen Diplomaten aus der Umgebung Chou En-lais für den Posten des Botschafters in Bonn nominiert. Wang war 1931 in die Kommunistische Partei Chinas eingetreten und fungierte im Antijapanischen Krieg als stellvertretender Chef der Logistik-Abteilung (Militärregion Süd-West) der Volksbefreiungsarmee. Seit März 1951 war er der Botschaft in Ostberlin zugeordnet, zunächst als Berater, 1953 als Botschaftsattaché und 1955 als interimistischer Geschäftsträger bis zu seiner Abberufung im Februar 1958. Als Ostblockspezialist beriet Wang Yü-t'ien 1954 die chinesische Beobachtergruppe bei der Sicherheitskonferenz in Moskau, war Mitglied der chinesischen Delegation zum zweiten Kongreß der rumänischen Arbeiterpartei in Bukarest und Berater der Beobachtergruppe bei der Sitzung des politischen Konsultativrates der Warschauer Paktmächte in Prag im Jahre 1956. Nach einem Zwischenspiel als Direktor der Protokollabteilung (1958) war Wang Yü-t'ien Direktor der Abteilung Sowjetunion und Osteuropa im Außenministerium (Januar bis Juni 1959).

Nach dem Aufflammen des sino-sowjetischen Konfliktes hat Wang als Diplomat auf dem afrikanischen Kontinent gedient. Vom Juni 1959 bis März 1962 war er Botschafter im Sudan, ab Februar 1964 dann Botschafter in Kenia bis zur Abberufung während der Kulturrevolution (1967). 1962-64 fungierte er als Direktor der Abteilung Westasien und Afrika im Pekinger Außenministerium. In die sechziger Jahre fallen zahlreiche Reisen des Diplomaten, 1963 als Mitglied einer Delegation nach Jemen und Repräsentant bei den Unabhängigkeitsfeiern Ugandas sowie Kenias. Auch an der berühmten

Afrika-Safari Chou En-lais, auf der der Ministerpräsident seinerzeit (1964) den schwarzen Erdteil als "reif für die Revolution" gekennzeichnet hatte, nahm Wang als Delegationsmitglied teil. Nach der Kulturrevolution (ab Juni 1969) war Wang Botschafter im Kongo (Brazzaville).

WESTEUROPA

(4) EWG-Vertretung?

Vor dem Europäischen Parlament, das Mitte Februar in Luxemburg tagte, kam auch das Problem des diplomatischen Verhältnisses zur erweiterten Gemeinschaft zur Sprache. Das für Außenbeziehungen zuständige EWG-Kommissionsmitglied, Sir Christopher Soames, erklärte am 13. Februar in der Aktuellen Fragestunde des Europäischen Parlaments, daß die Initiative zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht von der Europäischen Kommission, sondern vielmehr von der Volksrepublik China ausgehen müsse. Bisher hätten insgesamt 89 Drittländer offizielle Vertretungen bei der Gemeinschaft eingerichtet, ohne daß die Kommission dabei in irgendeinem Fall vorab die Initiative ergriffen hätte. China kenne sehr gut die Organisationsformen der europäischen Gemeinschaften und werde es bestimmt nicht unterlassen, zur Wahrung seiner Interessen die erforderlichen Schritte zu tun. Was die gemeinsame Handelspolitik anbelange, so seien deren Ziele klar im Artikel 110 des EWG-Vertrages umrissen. Die Sonderposition Chinas als eines Staatshandelslandes könne adaequat berücksichtigt werden (NfA, 15.2.73).

(5) Abgeänderte Reisepläne des chinesischen
Außenministers

Ursprünglich wollte Außenminister Chi P'eng fei in den nächsten Wochen eine Europa-Reise antreten, die ihn u.a. nach Bonn, London, Paris und Rom führen sollte. Wegen der am 26. Februar in Paris angelaufenen Friedenskonferenz für Vietnam mußte er die Termine jedoch verschieben. Ein neuer Termin wurde noch nicht festgelegt.

(6) Frankreich: September-Besuch Pompidous
in Peking

Gleichzeitig in Peking und Paris wurde als Datum für die bereits angekündigte Reise (C.a.73/2 Ü 6) des französischen Staatspräsidenten G. Pompidou der 11.9.1973 bekanntgegeben: Damit wird infolge der verstärkten Kontakte zwischen Westeuropa und China eine Serie von Reisen westeuropäischer Regierungshäupter nach Peking eingeleitet (NCNA 31.3./1.2.73, Le Monde, 2.2.). Nächster Schritt in den sich erweiternden französisch-chinesischen Beziehungen wird die große französische Industrieausstellung in Peking Mai 1974 sein, für die die Vorbereitungen bereits angelaufen sind (Le Monde, 4.2.73).

Die letzte größere französische Ausstellung hatte im Oktober und November 1965 stattgefunden. Den Franzosen wird 1974 ein Gelände von 10.000 qm zur Verfügung stehen; ausgestellt werden hauptsächlich die Industrieprodukte, die die Chinesen für den Aufbau ihres Landes direkt interessieren. Der chinesische Handel hat sich bisher nur schwach entwickeln können. Frankreich exportiert für rd. 120 Mio. Francs und führt Importe im Wert von etwa 72 Mio. Francs ein.

(7) "Spiegel" - Gespräch mit Jean Paul Sartre

Sartre's Kommentar zum gegenwärtigen China:

"Die Außenpolitik Chinas ist, soweit ich sie begreife, in der Tat die Politik einer Großmacht geworden". Gefragt, ob China, ähnlich wie die Sowjetunion, nunmehr nationale Politik auf Kosten der revolutionären Sache betreiben wolle, lautete die Antwort: "Daran ist schon einiges richtig, und Sie wissen, daß "La Cause du peuple" den Kopf Maos von ihrer ersten Seite entfernt hat..... . Persönlich beklage ich die Politik Chinas, beispielsweise gegenüber Bangla Desh und gegenüber Ceylon. Ich beklage ebenfalls, daß China den Präsidenten Nixon empfangen hat, der im Anschluß daran wieder Vietnam bombardieren ließ.... ."

Würde Sartre zu einem Pessimisten werden, falls China morgen wirklich eine antirevolutionäre Macht würde?

Sartre: "Ich gebe gerne zu: Ja, ich bin ohnehin Pessimist in der Politik Persönlich habe ich, seitdem ich das Buch "Der Ekel" geschrieben habe, immer eine Art von politischer Skepsis bewahrt, die vielleicht daher rührt, daß ich aus der bürgerlichen Klasse stamme Doch das bedeutet nicht, daß nicht getan werden soll, was wir tun. Mit anderen Worten: Die Lage ist schlecht, aber sie wäre noch schlimmer, wenn es nicht Leute gäbe, die gegen das bestehende System kämpfen" (Der Spiegel, 12.2.).

(8) Italien: Kernsätze aus der Ansprache Außenminister Chi P'eng-fei's bei einem Bankett für den italienischen Außenminister Medici

Bei einem Bankett für den italienischen Außenminister Medici (zu diesem Besuch Näheres C.a. 73/2 Ü 7) sagte der chinesische Außenminister: "Wir sind der Auffassung, daß wahrer Friede und echte Sicherheit für die europäischen Völker nur dann möglich sind, wenn die Unabhängigkeit und die Souveränität aller europäischen Länder völlig respektiert werden, und wenn alle von ihnen, ob groß oder klein, gleichberechtigt und frei von der Kontrolle und der Manipulation der Supermächte sind. Wir haben unter den westeuropäischen Ländern eine zunehmende Tendenz in Richtung eines Zusammenschlusses zur Stärkung der Unabhängigkeit und eine steigende Wachsamkeit der europäischen Völker gegenüber der Taktik gewisser Kräfte gesehen, welche die Entspannung zu fördern vorgeben, in Wirklichkeit aber Expansion betreiben. Das ist, unserer Meinung nach, eine positive Tendenz, die wir unterstützen". Besonders im Mittelpunkt der Gespräche stand auch die Mittelmeerfrage (PRu 1973, Nr.2, S. 3f).

SOWJETUNION UND OSTEUROPA**(9) UdSSR: Gegen Chinas Engagement in der "Dritten Welt"**

Die Sowjetunion preist die VR China plötzlich "trotz der relativen wirtschaftlichen Rückständigkeit als eine der größten Mächte der Welt, die mit dem Status eines ständigen Mitgliedes des Sicherheitsrates der UNO ausgestattet ist". Solche Äußerungen sind offenbar im Rahmen der Pressekampagne gegen Chinas Engagement in der Dritten Welt notwendig geworden. Man möchte Chinas neugewählte Position als Bestandteil und Mitglied der Dritten Welt durch Herausstreichung seiner Großmacht-Bedeutung unterlaufen. Die außenpolitische Zeitschrift "Internationales Leben" wendet sich in

einer ausführlichen Dokumentation über Chinas Außenpolitik seit 1965m, die auch im Ostblock übernommen wird (MD, 15.2.73), gegen den "dehnbaren" Begriff der Dritten Welt anstelle des Terminus "Nationale Befreiungsbewegung". Die Positionsverschiebung der chinesischen Führung von "ultralinken Losungen" nach rechts sei ein taktisches Manöver, um unter der eigenen Schirmherrschaft einen abgesonderten Block zu schaffen. Als besonders provokatorisch stellt das Blatt die These von der Hegemonie der beiden Supermächte hin, die den Eindruck erwecken wolle, als ob sich bereits eine Einheitsfront der Entwicklungsländer gegen die beiden Supermächte gebildet habe. Die sowjetische Polemik versäumt nicht darauf hinzuweisen, daß sich in den letzten Jahren die Vereinigten Staaten und andere imperialistische Länder beilegen, zu China Brücken zu schlagen, wobei Peking mit seiner Großmachtspolitik praktisch zum Helfershelfer der imperialistischen Reaktion werde. Einen anderen Aspekt greift Radio Moskau (MD, 14.2.73) heraus. Peking betreibe eine "rassistische Propaganda" in Afrika, weil es versuche, die afrikanische Befreiungsbewegung als eine Bewegung von Afrikanern gegen Weiße zu etikettieren, ohne ihren Klassen- und antiimperialistischen Charakter zu berücksichtigen. Nach Meinung des sowjetischen Senders ist Peking besonders daran interessiert, seine Vorherrschaft über die Befreiungsbewegung in den portugiesischen Kolonien zu begründen und sie gleichzeitig zum Verzicht auf Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu bewegen. Damit sind vor allen Dingen die beiden Organisationen "COREMO" in Mozambique und "UNITA" in Angola gemeint.

(10) UdSSR: Sowjetisch-chinesische Grenze

Amerikanischen Abwehrstellen zufolge sollen sich im militärischen Aufbau der Luftkriegskapazitäten auf beiden Seiten der sowjetisch-chinesischen Grenze in jüngster Zeit folgende Entwicklungen ergeben haben: Im westlichen China wird ein Frühwarnsystem (Radar) errichtet, das in der Lage sein soll, 90% aller bekannten sowjetischen Raketenbasen zu überwachen.

Der erste Test einer chinesischen Interkontinentalrakete (5.600 km) steht bevor. Startzentrum ist Lop Nor (Autonome Region Sinkiang), das Zielgebiet wird in der Nähe von Sansibar vermutet.

Neue atombombensichere Silos für die Aufnahme von Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 4.000 km (Moskau, Leningrad, Kiew) werden im westlichen China errichtet.

Auf sowjetischer Seite sind seit 1969 über 70 grenznahe Luftbasen und Versorgungsdepots errichtet worden. In den an China grenzenden sibirischen und zentralasiatischen Gebieten liegt der Schwerpunkt auf mobilen und taktischen Raketen mit Atomsprengköpfen. Satelliten und MIG-25-Maschinen betreiben verstärkt elektronische Aufklärung weiter Teile Chinas (WELT, 14.2. nach dem US-Magazin "Aviation Week"; vgl. C.a. 73/2 Ü 60).

(11) Hsinhua erklärt schlechte Ernte der UdSSR

In einer relativ gemäßigten Polemik gegen die sowjetische Landwirtschaftspolitik interpretiert Hsinhua die Amtsenthebung des sowjetischen Landwirtschaftsministers W.W. Mazkewitsch und die Übernahme dieses Amtes durch den vorherigen 1. Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats D.S. Poljansky.

In den Augen der chinesischen Nachrichtenagentur sind der

Hauptgrund für die Mißerfolge nicht allein die schlechten Witterungsverhältnisse des Jahres 1972, es ist vor allem "die von der revisionistischen sowjetischen Herrscherclique verfolgte Politik". Die Stellungnahme reiht, dem Trend der neuen Presse-Politik folgend, statt Allgemeinheiten und Schlagworten nun eine Kette von Tatsachen und Zitäten aneinander, die mit einem freilich zugespitzten Urteil abschließen. Sie erklärt das sowjetische Revirement als einen Trick, der schon aus der Ära Chruschtschow bekannt sei. Die Breschnew-Clique wolle die Verantwortung für die Mißerfolge in der Landwirtschaft loswerden, suche sich Sündenböcke unter den zuständigen Politikern, müsse aber auch den Kadern der unteren Ebene die Verantwortung zuschieben und schließlich dem Wetter die Schuld geben. Trotz der gemäßigten Haltung der chinesischen Agentur kann diese Stellungnahme nur für den Auslandskonsum gedacht sein (NCNA, 5.2.73); denn mit den Folgen der schlechten Ernte von 1972 hat China genauso wie die UdSSR zu kämpfen.

NORDAMERIKA

(12) USA: Kommuniqué über den Besuch Henry Kissingers in der VR China

"Dr. Henry A. Kissinger, Berater des US-Präsidenten für Fragen der nationalen Sicherheit, besuchte vom 15. bis 19. Februar 1973 die VR China. Er wurde begleitet von Herbert C. Klein, Alfred S. Jenkins, Richard T. Kennedy, John H. Holdridge, Winaton Lord, Jonathan T. Howe, Richard Solomon und Peter W. Rodman. Vorsitzender Mao Tse-tung empfing Dr. Kissinger. Dr. Kissinger und die Mitglieder seiner Delegation führten mit Ministerpräsident Chou En-lai, Außenminister Chi P'eng-fei, Vizeaußenminister Chiao Kuan-hua und anderen chinesischen Vertretern Gespräche, in deren Verlauf ein breiter Fragenkomplex angeschnitten wurde. Mr. Jenkins führte mit dem stellvertretenden Außenminister Chang Wen-chin parallele Gespräche über technische Fragen. Alle diese Gespräche fanden in einer ungezwungenen Atmosphäre statt. Sie waren ernsthaft, freimütig und konstruktiv.

Beide Seiten erörterten die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern seit dem Besuch Präsident Nixons in der VR China. Auch andere Fragen von gegenseitigem Interesse wurden erörtert. Sie bekräftigten die Prinzipien des in Shanghai im Februar 1972 veröffentlichten gemeinsamen Kommuniqués und ihre gemeinsamen Anstrengungen zur Herbeiführung einer Normalisierung der Beziehungen. Sie vertraten die Auffassung, daß der in diesem Zeitabschnitt gemachte Fortschritt für die Völker beider Länder nützlich sei.

Beide Seiten stimmten darin überein, daß die Zeit gekommen sei, um die Normalisierung der Beziehungen zu beschleunigen. Zu diesem Zweck verpflichteten sie sich, ihre Kontakte auf allen Gebieten zu verstärken. Sie wurden sich einig über ein konkretes Programm zur Ausweitung des Handels und Verstärkung der wissenschaftlichen, kulturellen und anderen Kontakte. Um diesen Prozeß zu erleichtern und die Kommunikation zu verbessern, kam man darin überein, daß jede Seite in naher Zukunft in der Hauptstadt des anderen ein Verbindungsbüro errichten wird. Details werden auf den gewohnten Wegen ausgearbeitet werden. Beide Seiten stimmten darin überein, daß die Normalisierung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der VR China zur Minderung der Spannung in Asien und in der übrigen Welt beitragen wird. Dr. Kissinger und seine De-

legation dankten von ganzem Herzen für die ihnen zuteil gewordene Gastfreundschaft." (NCNA 22.2.73), (vgl. auch Thema: "Zum fünften Chinabesuch Kissingers").

(13) Kissinger-Pressekonferenz

Im Zusammenhang mit der Bekanntgabe des Kommuniqués hat Kissinger am 22. Februar noch eine Pressekonferenz gegeben. Wie er bemerkte, werden sich die Funktionen der Verbindungsbüros auf alle Gebiete mit Ausnahme formaler diplomatischer Beziehungen erstrecken. Washington werde trotz des Austausches von Verbindungsbüros mit allen diplomatischen Privilegien seine diplomatischen Beziehungen zu Taipei aufrechterhalten. Der Rückzug amerikanischer Truppen aus Taiwan sei nicht Gegenstand seiner Verhandlungen in Peking, sondern werde nach Maßgabe der Nixon-Doktrin behandelt. Bald könnten auch die von der Vergangenheit hinterlassenen finanziellen Streitpunkte zwischen beiden Staaten gelöst werden. Hierbei handelt es sich um die in den USA blockierten chinesischen Guthaben von 78 Mio. Dollar und die Privatansprüche der Amerikaner gegenüber China in Höhe von ungefähr 250 Mio. Dollar. Als Zeichen ihres guten Willens, so kommentiert Kissinger, wird die chinesische Regierung zwei 1957 und 1965 von China in Haft genommenen US-Piloten freilassen. Der seit über 20 Jahren in einem chinesischen Gefängnis sitzende CIA-Agent Downey soll infolge guter Führung ebenfalls in diesem Jahr vorzeitig entlassen werden (Welt und NZZ, 23.2.73). In einem anderen Fernsehinterview für NBC hat Kissinger Mao Tse-tung als eine machtvolle Persönlichkeit "wie de Gaulle" bezeichnet. Mao sei sehr lebhaft und befinde sich bei guter Gesundheit. Er habe von seinem seit einiger Zeit gelernten Englisch Gebrauch gemacht. Als Beispiel erwähnte Kissinger das von Mao angewendete "Sit down, please", (NZZ 28.2.73)

(14) USA: Neuorientierung der US-Chinesen

Die politischen Loyalitäten in den amerikanischen "China-Towns" beginnen sich Peking zuzuneigen. Die älteren Führer der Chinesen-Enklaven, die den Nationalisten in Taiwan nahe stehen und zum größten Teil in der Chinese Consolidated Benevolent Association organisiert sind, haben einen zusehends schweren Stand gegenüber dem Nachwuchs, der sich nach Peking hin orientiert (CSM, 9.2.73). Zwar sind offene Pro-Peking-Anhänger unter den rund 500.000 Chinesen in den USA noch weit in der Minderheit, aber in New York, Chicago, Los Angeles und anderen Städten haben in den China-Towns Geschäfte ihre Tore geöffnet, die Waren aus der Volksrepublik verkaufen, von Konserven-Spezialitäten aus Shanghai bis zu Schriften des Peking-Auslandsverlages. In New York etwa hat ausgerechnet ein junger Taiwanese ein solches Geschäft aufgemacht, der einen guten Draht zur UN-Vertretung besitzt. Das außerordentlich geschickte Vorgehen Pekings beweist auch die Entwicklung einer Bewegung, die Ende 1970 unter den Festlandschinesen aus Formosa und den Taiwanern aufkam. Die Tiao-yü-T'ai-Bewegung war zunächst eine Koalition von gegen Japan und die USA protestierenden Peking-Sympathisanten, Neutralisten und Nationalistenanhängern, weil beide Nationen im Streit um die unbewohnten Klippeninseln nördlich Taiwans, unter denen Öl vermutet wird, von einem Besitzanspruch Japans ausgingen. Allmählich wurde mit dem Absterben der eigentlichen Inselfrage die Bewegung ein patriotisches Sprach-

rohr der Kritik an den Nationalisten, und heute haben aktive Peking-Sympathisanten erheblichen Einfluß gewonnen, während andere Kräfte die Bewegung verlassen haben. Peking betreibt gezielte Personalpolitik. Einer der in der Bewegung aktiven Taiwanesen, Lee Wo-yen z.B., der mit anderen Taiwanesen einer Tiao-yü T'ai-Delegation nach Peking angehörte, ist heute Übersetzer am UN-Sekretariat.

Neue Kräfte aus Taiwan, die offen in Diskussionen über die Frage des Anschlusses Taiwans an die Volksrepublik eingetreten sind, gewinnen bei den US-Universitäten an Boden. So wurden im letzten Sommer zwei spezielle Konferenzen über die Zukunft Taiwans von chinesischen Studentenvereinigungen abgehalten. Etwa 20 Taiwanesen sollen von den USA und von Canada aus Festlandchina besucht haben.

Pekings erfolgreiche Politik des Werbens um die Formosa-Chinesen hat auch zu überraschenden Reaktionen unter der glücklosen "Taiwan-Unabhängigkeitsbewegung" geführt, einer breiten liberalen Gruppierung, die sowohl gegen die Nationalisten in Taiwan als auch den Anschluß von Taiwan an das Festland protestierten. Spätestens durch Japans und Amerikas Schwenkung in der Taiwan-Frage ist den Zielen der Bewegung der Wind aus den Segeln genommen; während Realisten sich absondern und ebenfalls in die Diskussion über den Anschluß Taiwans an China eintreten, strebt ein starker Flügel der Unabhängigkeitsbewegung eine vorher undenkbbare Kooperation mit den Nationalisten auf Taiwan an. In einer geheimen Reise nach Taiwan soll ein wichtiger Führer der Bewegung in Japan, Dr. Kuo Kuang-min, mit Ministerpräsident Ching-kuo über die Möglichkeiten einer größeren politischen Partizipation der Taiwanesen verhandelt haben. Diese Spannungen in der Unabhängigkeitsbewegung könnten letztlich sehr wohl zu ihrem Verfall führen.

(15) USA: Das Ende der China-Lobby (pro Taiwan)

Die sogenannte China-Lobby, zu der einflußreiche Persönlichkeiten auf dem Gebiet des Pressewesens wie T.V. Soong, Joseph Alsop und Claire Chennault gehörten, ist mittlerweile in alle Winde verstreut, nachdem bereits so einflußreiche Sprecher der Lobby wie William Knowland, Walter Judd und Henry Luce ihren Einfluß auf der politischen Bühne eingebüßt haben, und nur noch im Justiz- und Schatzministerium einige wenige Chiang-Loyalisten sitzen (Taiwan and American Politics, New York 1971, S.38-39). Die enthusiastischen Berichte des Kolumnisten Alsop von seiner China-Reise symbolisieren eindrucksvoll den Rückzug der Frei-China-Anhänger. Alsop, der als unerbittlicher Gegner der chinesischen Kommunisten galt, bemüht sich heute zu zeigen, daß der chinesische Kommunismus im Gegensatz zum fehlgelaufenen kommunistischen Experiment in Europa als Erfolg beurteilt werden müsse (SCM, 9.2.73). Solche Töne haben zu erzürnten Kommentaren der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS geführt. Sie nannte den Kolumnisten einen "skrupellosen Lügner" und eine "widerliche Figur", die antisowjetische Artikel im Auftrage von Peking schreibe.

(16) Piloten in die USA

14 chinesische Piloten, die in den Vereinigten Staaten eine Ausbildung für Boeing 707 Düsenclipper erhalten sollen, reisten am 23. Februar nach Seattle ab. Es handelt sich hierbei

um die erste Gruppe chinesischen Glutzeugpersonals, das seit 1949 in die USA gekommen ist (IHT 24.2.).

LATEINAMERIKA

(17) Südamerika-Politik / Verhältnis zu Chile

Der erfolgreiche Abschluß des Besuches des chilenischen Außenministers Almeyda Medina in der VRCh zeigt erneut, daß der neuen, flexiblen Außenpolitik der Chinesen ein perspektivenreicher Durchbruch in Lateinamerika gelungen ist. Cuba war das einzige Land gewesen, das seit 1960 zu Peking diplomatische Beziehungen unterhielt, und selbst in diesem Verhältnis kam es zur Vertrauenskrise, als Fidel Castro 1966 während der Kulturrevolution die Chinesen "imperialistischen Verhaltens" beschuldigte: Die VRCh hatte ihren Einfluß auf Havanna überschätzt, als sie die Cubaner im sino-sowjetischen Konflikt linientreu an ihre Seite zwingen wollte. Seit Januar 1971, der außenpolitischen Schwenkung von revolutionärer Agitation zum Bündnis mit lateinamerikanischem Nationalismus und Kontakten zu den bestehenden Regimen, gelang der Brückenschlag diplomatischer Beziehungen. Nach Chile (1.71) und Peru (11.71) folgte 1972 Mexico, Argentinien (2.72), Guayana (6.72) und Jamaica (11.72). Brasilien, einst auf strammem An tichina-Kurs, verkauft Zucker an die Chinesen, und Venezuela sondiert die Möglichkeiten eines Handelsaus-tausches. Die jetzige Politik hebt sich ab von einem Jahrzehnt enttäuschter Hoffnungen. Peking hatte in Lateinamerika, das an letzter Stelle im chinesischen Engagement für die Dritte Welt fungierte, die revolutionäre Strategie erprobt. Dabei war es zu ideologischen Spannungen mit den Cubanern gekommen, deren Staat Peking zunächst als revolutionäres Vorbild für ganz Lateinamerika interpretiert und unterstützt hatte. Die Theorien von Che Guevara und Regis Debray wurden nun als Herausforderung und "Abenteurertum" betrachtet. Sie widersprachen dem maoistischen Weg des Volkskrieges vom Lande her, in das sich das Konzept der Stadtguerillas nicht einfügen wollte. Peking unterstützte die Gründung von mit den moskau-treuen kommunistischen Parteien rivalisierenden Gruppen, die in 9 Staaten Mittel- und Südamerikas entstanden. Heute akzeptiert Peking Perus Militärjunta sowie die Regime in Ecuador, Mexico, Argentinien und Guayana als nationale Vorkämpfer gegen den Einfluß der Supermächte. Nur Boliviens und Kolumbiens maoistische Untergrundgruppen erhalten noch verbale chinesische Unterstützung. Drei Dinge garantieren Peking die Sympathien Lateinamerikas: die Unterstützung der erweiterten 200-Meilen-Zone als Territorialgrenze der Küstestaaten, Chinas Interesse am Andenpakt, der eine gemeinsame Strategie gegenüber dem Auslandskapital zu verwirklichen sucht, und die Unterstützung einer kernwaffenfreien Zone in Lateinamerika.

Die Kontakte zu Chile haben sich langsam erwärmt. 1970 stellte Peking seine Bedenken gegen den "parlamentarischen Sieg" des Sozialismus, der doch sowjetische Vorstellungen zu bestätigen schien, stillschweigend zurück. 1972 konnte Allende bereits ein beachtliches Darlehen von 65 Mio. US Dollar entgegennehmen. Parallel zu den Verhandlungen in Peking konnte am 26.1. in Santiago ein Schifffahrtsabkommen zwischen beiden Ländern unterzeichnet werden (Hsinhua, 26., 27.1.).

Chiles Außenminister Almeyda ging am 9.2. näher auf das Ergebnis seiner Reise durch die Volksrepublik ein. Man habe den Kauf einer Reihe von Nahrungsmitteln, Erzeugnissen der Leichtmaschinenindustrie und Notaggregaten besprochen. Weiter wurde ein Kredit von 20 Mio. Pfund Sterling für Chile ausgehandelt, mit dem eine Fabrik für Walzlager und andere Industrieanlagen errichtet werden soll. Der Kredit läuft 20 Jahre und ist 10 Jahre lang zinslos. China sei das dritte Land, das chilenischen Kupfer abnehme und im Laufe des Jahres 1973 auch erstmals Salpeter kaufen werde. Bei diesem Handelsaustausch steht Chile mit 9 oder 10 Mio. US Dollar im Minus, das langfristig durch Warenlieferungen abgetragen werden soll. Ausgenommen davon ist das Kupfer, das wie die übrigen Exporte nach China in konvertibler Währung bezahlt werden wird (MD, 13.2.).

(18) 200-Meilen-Zone

Das Problem der 200-Meilen-Zone bleibt nach wie vor der dankbarste Punkt für die "Unterstützung" lateinamerikanischer Länder durch die VRCh. Die insgesamt 24 Staaten Lateinamerikas haben, von Paraguay und Bolivien abgesehen, alle größere Küstenabschnitte. Etwa die Hälfte von ihnen sind ölproduzierende Länder, deren Ressourcen hauptsächlich an der Küste oder aber im Küstengebiet liegen. Einige Staaten leben weitgehend vom Fisch- und Guanoreichtum des Meeres. Fischereiprodukte, einschließlich Fischmehl, sind für Peru beispielsweise der zweitwichtigste Exportartikel.

Gerade die Versuche der "US-Imperialisten", die reichen Thunfisch- und Sardellenbestände vor den Küsten der ohnehin armen und devisenhungrigen Staaten abzufischen und im Bereich der Kontinentalsockel - unter Berufung auf die 12- oder gar 3-Meilen-Zone! - nach Öl zu bohren, ruft in Lateinamerika immer wieder Empörung hervor.

China hat bisher sämtliche Schritte dieser Staaten in Richtung auf eine Ausdehnung ihrer Küstenbereiche nachdrücklich unterstützt, so die Seerechtskonferenz der 21 Länder vom August 1970, ferner die Konferenz von 9 lateinamerikanischen Ländern Mitte Januar 1971 und die "Deklaration von San Domingo" vom Juni 1972. Auch auf den zwei Tagungen des UNO-Meeresbodenausschusses von 1972 hat China kräftig in das gleiche Horn geblasen. Diese Politik soll auch 1973 fortgesetzt werden.

AFRIKA

(19) Unterstützung für Angolas Befreiungsbewegung

Die MPLA (Volksbefreiungsbewegung Angolas) und die FNLA (Angolanische Nationale Befreiungsfront) haben vor kurzem in der Hauptstadt Zaires, Kinshasa, ein Abkommen zur Vereinigung der zwei Organisationen unterzeichnet. Diese Fusion kam auf Initiative der 9. Konferenz der Organisation für Afrikanische Einheit zustande und soll einer besseren Koordinierung des Kampfes gegen die "portugiesischen Kolonialisten" bilden. China "unterstützt" diese Vereinigung (PRu 1973, Nr.3, S.19).

(20) Mauritius: VRCh baut Flugplatz

Auf der offiziell noch nicht bekanntgegebenen, aber aus ver-

schiedenen Quellen bestätigten Afrika-Reise des Ministerpräsidenten Chou En-lai wird eine Station des offiziellen Besuches die Insel Mauritius sein. Eine Gruppe chinesischer Techniker ist in Port Louis bereits eingetroffen, um bei dem Bau eines internationalen Flugplatzes im Norden der Insel zu helfen. Bei der Finanzierung des Flugplatzes und einer Verbindungsstraße wird die VRCh der Regierung von Mauritius eine Anleihe gewähren (Le Monde, 31.1.).

(21) Sanktionen gegen Rhodesien gefordert

Chinas UNO-Botschafter Huang Hua hat am 31.1. vor dem Welticherheitsrat in New York verstärkte wirtschaftliche Sanktionen gegen Rhodesien gefordert. Dies geschah im Zusammenhang mit Zambias Beschwerde gegen die von Salisbury verhängte Schließung der gemeinsamen Grenze als Maßnahme gegen einsickernde Guerillas (Die Welt, 1.2.; vgl. C.a.73/2 Ü 14).

(22) Bau der Tansam-Eisenbahnlinie wird forciert

Die Chinesen haben seit Beginn des Wirtschaftskrieges zwischen Zambia und Rhodesien ihre Anstrengungen verdoppelt, die Eisenbahnlinie von Dar-es-Salaam in Tansania nach Lusaka in Zambia noch vor dem ursprünglich gesetzten Termin fertigzustellen. Unter Hochdruck treiben 16 000 Chinesen und 30 000 afrikanische Hilfsarbeiter jetzt täglich den Gleisbau um 1,5 km in Richtung Südwest voran. Bis zur zambischen Grenze sind es nur noch etwa 250 km. Das erste 700 km lange Teilstück von Dar-es-Salaam bis Makumbako ist bereits betriebsfertig.

(23) Uganda: Chinesische Waffen

Präsident Amin von Uganda hat am 6.2. der Sowjetunion und China versichert, daß die Waffen russischen und chinesischen Fabrikats, die von Guerillas in Uganda erbeutet wurden, das Verhältnis zwischen Uganda und den beiden Ländern nicht beeinträchtigen würden (C.a. 72/5 Ü 21). Ein Mißverständnis sei ausgeschlossen, da die Waffen von China und der Sowjetunion den Freiheitskämpfern zur Befreiung ihrer Gebiete gegeben worden seien, jedoch von der tansanischen Regierung umgeleitet wurden. Weder die Sowjetunion noch China hätten von der Umleitung der Waffen nach Uganda gewußt (MD, 8. 2.73).

(24) Zaire: Orientierung am chinesischen Modell

Nach seinem zehntägigen Besuch in China (C.a. 73/1 Ü 15) hat Präsident Mobutu von Zaire in Kinshasa Anleihen am chinesischen Modell verkündet. Dabei wurde die Mobilisierung der Massen und der Arbeitseinsatz der Chinesen herausgestellt. Man werde nicht das chinesische System kritiklos kopieren, den chinesischen Arbeitswillen aber zum bestimmenden Element machen. Häftlinge, Arbeitslose und Parteikader werden in landwirtschaftlichen Entwicklungsgebieten rund um Kinshasa eingesetzt. Der Ertrag des 6. Tages in der Woche soll gemeinsamer Arbeit für die Allgemeinheit dienen. Andere Folgen des China-Besuches sind die Schließung der Bars um 18 Uhr und die obligatorische Einführung einer Einheitskleidung, wie sie der Staatschef und seine Mitarbeiter bereits seit einigen Jahren tragen. (NZZ, 4.2.).

Ein anderes Ergebnis des Mobutu-Besuches ist ein chinesisches zinsloses Darlehen von 100 Mio. US Dollar für Zaires Landwirtschaftsentwicklung. Dazu verkündete Mobutu auf einer Massen-

veranstaltung am 28.1. in Kinshasa, er bewundere die Offenheit des chinesischen Parteivorsitzenden. Mao Tse-tung habe unverblümt zugegeben, daß er "eine Menge Geld und Waffen verloren habe im Bemühen, den Präsidenten Zaires zu stürzen" (Times, 29.1.1973).

(25) Schützenhilfe für Zambia

Am 14. Januar brachte die JMJP einen Kommentar mit dem Titel "Die Erpressung kann das zambische Volk nicht einschüchtern". Immer schon habe die Volksrepublik China das Volk von Simbabwe (=Rhodesien) gegen das "rassistische" Smith-Regime unterstützt. Der bewaffnete Kampf habe 1966 begonnen und sich 1972 voll entwickelt. Unter anderem seien allein im September 1972 von der "Afrikanischen Nationalbefreiungsarmee Simbabwes" über 70 Soldaten der Kolonialisten getötet worden.

Statt nun dieser recht eindeutigen Tatsache Beachtung zu schenken, habe sich das Smith-Regime auf die Behauptung versteift, daß die Bedrohungen von Zambia ausgingen, und deshalb den Kupferexport durch Rhodesien eingestellt, um Zambia so in die Knie zu zwingen. Erfreulicherweise habe diese Aktion freilich bei den meisten afrikanischen Regierungen gemeinsame Ablehnung gefunden. Die Organisation "Afrikanische Union" habe mit Erfolg an alle afrikanischen Länder appelliert, in diesem wichtigen Zeitpunkt mit Zambia zusammenzuarbeiten und die Kräfte der Unterdrückung, des Imperialismus, des Rassismus und des Kolonialismus niederzuschlagen.

NAHOST

(26) Analyse der von Peking empfohlenen Nahost-Strategie

Wo liegt der Schlüssel zur Lösung der Nahost-Frage: in Washington oder in Moskau? Die Antwort müsse lauten: "Weder da noch dort, sondern allein bei den arabischen Völkern". Wegen ihrer Uneinigkeit freilich hätten es die beiden Supermächte bisher zuwege gebracht, den dortigen Völkern das Joch: "Weder Krieg noch Frieden" aufzuzwingen. Diese Patt-Situation sei einzig und allein auf den Wettstreit der zwei Supermächte im Nahen Osten zurückzuführen, die einmal um strategisch wichtige Einflußsphären kämpften, gleichzeitig aber auch die dortigen Erdölressourcen an sich reißen wollten und zu diesem Zwecke daran interessiert seien, die gespannte Situation aufrechtzuerhalten, wobei allerdings die Schwelle zum Krieg gerade nicht überschritten werden darf.

Beide Supermächte arbeiteten hierbei einträchtig zusammen: Die USA bewaffneten Israel auch weiterhin und stifteten es zu bewaffneten Angriffen, Provokation und "teilweisen Lösungen", wie z.B. den Hussein-Plan, an.

Die Sozialimperialisten lieferten den arabischen Völkern zwar dauernd Waffen, verboten den Empfängern aber deren Anwendung. Gleichzeitig hätten sie allein im Jahre 1972 nicht weniger als 30 000 Juden aus der Sowjetunion nach Israel auswandern lassen. Diese Zahl übersteige die Gesamtzahl der in den 11 vorangegangenen Jahren nach Israel ausgewanderten Juden.

Das Ziel dieses gemeinsamen Kuhhandels: "Wenn die USA

Israel Waffen liefern, dann liefert die Sowjetunion den Israelis Einwanderer, die diese Waffen bedienen".

Unter diesen Umständen sollten die arabischen Völker sich so eng wie möglich zu einer Kampfgemeinschaft zusammenschließen. 1972 seien in dieser Richtung bereits zahlreiche Schritte getan worden: Im April fand in Kairo eine außerordentliche Tagung des palästinensischen Nationalrates und der Palästinensische Volkskongress statt, der der Einheit des palästinensischen Volkes gedient habe. Auch hätten sich die Führer der Arabischen Länder 1972 häufig gegenseitig besucht und sich in verschiedenartigen Formen vereinigt. Vor allem die im September nach Kairo einberufene Sitzung des Rates der Arabischen Liga und die Konferenz der arabischen Außen- und Verteidigungsminister im November in Kuwait hätten den Wunsch gezeigt, das arabische Potential zum gemeinsamen Kampf gegen den Feind zu mobilisieren.

Dieser Kampf sei aufs engste zu verbinden mit dem Kampf der Mittelmeerländer und der Golfstaaten für die Vertreibung der US- und der SU-Flotten (PRu 1973, Nr.2, S.5 f.), (vgl. C.a.73/2 Ü 17 u.18).

(27) Ägypten: Seltsamste Beziehungen unseres Zeitalters

M.H. Heikal, Chefredakteur der AL Ahram, berichtet weiter in seiner Artikelserie über seine Asien-Reise im Januar. Die Annäherung zwischen China und den USA scheint ihm als die "seltsamsten Beziehungen in unserem Zeitalter, wenn nicht in der Geschichte überhaupt. Trotz diametral entgegengesetzter Ideologien, völlig verschiedener Zivilisation und bis vor kurzem gegensätzlicher Interessen haben die beiden Mächte nicht nur einander die Türen geöffnet, sondern sie bauen auch die Zäune zwischen sich ab." Chinas Politik gegenüber den Supermächten erklärt Heikal als chinesisches Bemühen, Zeit zu gewinnen, um mit den anderen Großmächten auf völlig gleichem Fuße stehen zu können. Zu den sich enger gestaltenden ägyptisch-chinesischen Beziehungen zitiert der Chefredakteur die Chinesen: "Verlaßt euch auf eure eigene Stärke und die Klugheit eurer Völker. Wir sind bereit, euch soviel Hilfe zu gewähren, wie wir können, aber unsere Mittel sind begrenzt, und unser praktisches Interesse beschränkt sich auf den Raum innerhalb der Grenzen Asiens" (Mena, 25.2.1973, BPA).

ASIEN

(28) Japan: Chinesische Botschaft in Tokyo eröffnet

Am 1.2.1973 gab Mi Kuo-chun, chinesischer Chargé d'Affaires ad interim an der Botschaft in Japan, die offizielle Eröffnung der chinesischen Botschaft in Tokyo bekannt (SWB 5.2.1973).

Wie von japanischen Regierungsquellen mitgeteilt wird, hat die VRCh Chen Chu als Botschafter in Japan vorgesehen. Chen Chu ist bisher Mitglied der chinesischen UNO-Delegation gewesen (JT 4.2.1973).

(29) Japan: Mehr Konkurrenz als Kooperation

Die immer enger werdende Zusammenarbeit zwischen den USA und der VRCh, die vor allem im Zusammenhang mit dem 5.

Kissinger-Besuch besonders deutlich wurde, hat in Tokyo neben Zustimmung auch Gefühle des Mißtrauens ausgelöst. Unter anderem sind es drei Überlegungen, die in Japan zu kritischer Distanz Anlaß geben:

- Man befürchtet, daß China in den Genuß einer amerikanischen Meistbegünstigungsklausel kommt. Obwohl im Jahre 1972 das Volumen des sino-amerikanischen Handels weniger als ein Zehntel desjenigen zwischen Japan und China ausmachte, bereitet die Großzügigkeit, mit der man in Washington daran geht, für China politische Hindernisse auszuräumen, einigen japanischen Wirtschaftsführern Sorgen (NZZ 27.2.1973).

- Auch sind die Japaner etwas befremdet über das so auffällige chinesische Verständnis für Amerikas Sicherheitsverpflichtungen gegenüber Japan (vgl. dazu beispielsweise C.a. Febr. 73/2 Ü 24). Tokyo befindet sich hierbei in einem gewissen Zwiespalt: Einerseits muß es erfreut sein über den fortdauernden amerikanischen Sicherheitsschutz, zum anderen ist es sich bewußt, daß der amerikanisch-japanische Sicherheitsvertrag in Zukunft nicht so sehr als Militärbündnis, sondern vielmehr als Domestizierungsinstrument gegenüber einer eventuellen Renaissance des japanischen Militarismus fungieren wird (hierzu C.a. 1972, August, S. 30 ff.).

- Schließlich hat man in japanischen Regierungskreisen das Gefühl, daß Peking und Washington auch solche Fragen unter sich ausmachen wollen, durch die u.a. japanische Optionen berührt sind, beispielsweise die Indochinafrage, in der die japanische Präsenz möglichst klein gehalten werden soll. Doch werden sich die Wellen der Erregung wohl langsam glätten. Die Amerikaner vor allem hoffen, daß die japanische Kooperation infolge solcher Befürchtungen künftig nicht durch Konkurrenzgefühle verdrängt wird. Einstweilen freilich drängt man in der japanischen Öffentlichkeit auf einen schnelleren Abschluß des in Artikel 9 des chinesisch-japanischen Communiqués vom 29. September 1972 in Aussicht gestellten Friedensvertrages. Soll dadurch die japanische Ausgangsposition für den Wettlauf mit den USA um die Gunst Pekings verbessert werden?

(30) Kambodscha: Gegen Kontroll-Kommission in "Befreiter Zone"

Chinas Nachrichtenagentur hat eine Nachricht der Sihanouk-Exilregierung übernommen, die sich scharf dagegen wehrt, die nach der Unterzeichnung des Genfer Abkommens von 1954 aufgestellte Internationale Kontrollkommission in die "Befreite Zone" Kambodschas einzulassen, wie das Lon-Nol-Regime anstrebe. Damit wird auch Pekings Haltung zur Kambodscha-Frage in der anstehenden 12-Nationen-Konferenz weiter definiert.

(31) Sorgen um Pakistans Sicherheit

Bei einem Bankett zu Ehren der Frau des pakistanischen Präsidenten, Begum Nusrat Bhutto, die an dem PIA Eröffnungsflug nach Peking teilnahm, ging der chinesische Ministerpräsident Chou En-lai in seiner Tischrede auf die Lage in Südasien ein. Er bezeichnete die gegenwärtige Situation auf dem südasiatischen Subkontinent als unbefriedigend. Über 90 000 internierte pakistanische Kriegsgefangene und Zivilisten seien noch nicht in die Heimat zurückgeführt worden. Auch hätten

in letzter Zeit gewisse ausländische Kräfte ihre subversiven Aktivitäten in diesem Gebiet verstärkt, um ihre expansionistischen Ambitionen zu befriedigen" (NCNA 19.2.1973). Chou spielte hierbei offensichtlich auf Indien und die Sowjetunion an.

Auch die Begum sprach sich bei dieser Gelegenheit gegen indische Versuche aus, Pakistan durch Waffengewalt zu zerstören. Während ihrer Rede verließ der indische Gesandte den Raum.

(32) Thailand: Straßenbau in Nordlaos - Ausbildung von Thais

Der Bau der von Chinesen in Nordlaos angelegten Straßen in Richtung auf die Provinzen Chiangrai und Nan macht rasche Fortschritte. Eine Verbindung, die durch Pak Beng in Richtung auf den Distrikt Pua, Provinz Nan, verläuft, ist bereits mehr als 30 km von der thailändischen Grenze aus fertiggestellt. Der Bau der anderen Straße, die von Kunming aus in das von den Kommunisten kontrollierte Nordlaos gebaut wird und durch Houei Sai in Richtung auf Chiang Rai führt, wird ebenfalls rasch vorangetrieben. In diesen Angaben aus Kreisen des thailändischen Geheimdienstes wird ebenso darauf hingewiesen, daß etwa 200 Chinesen thailändischer Nationalität in Yünnan an Waffen und in psychologischer Kriegführung Ausbildung erhalten, um bald nach Nordthailand geschickt zu werden (MD 5.2.1973).

(33) USA: Kriegsgefangene aus Vietnam in chinesischen Lagern?

Der geheimnisumwitterte Journalist Victor Louis, der bereits mit einer geheimen Taiwan-Reise Schlagzeilen gemacht hat, publizierte von Moskau aus in der Londoner Evening News einen Artikel über die Unterbringung amerikanischer Kriegsgefangener des Vietnam-Krieges. Hanoi habe eine Zahl von Gefangenen nicht in Lagern in Nordvietnam, sondern in China festgehalten, um einmal jeden amerikanischen Befreiungsversuch zu verhindern und zum anderen die Gefangenen vor den Bombenangriffen zu schützen und sie unversehrt als Faustpfand bei den Friedensgesprächen benutzen zu können. Die Gefangenenlager sollen in der chinesischen Provinz Yünnan nahe der nordvietnamesischen Grenze sein; man habe den Gefangenen eine rein nordvietnamesische Umgebung vorsimuliert (IHT 2.2.1973; Times 2.2.1973).

AUSSENPOLITIK - TAIWAN

(34) US-Truppenabzug

Eines der wichtigsten Gesprächsthemen Kissingers in Peking dürfte auch die Absicherungspolitik gewesen sein, die Washington derzeit gegenüber Taipei treibt, während es sich gleichzeitig langsam von der Insel zurückzuziehen beginnt. Die Nixon-Regierung trägt sich gegenwärtig mit Plänen, 5-6000 Soldaten aus Taiwan abzuziehen, gleichzeitig aber die Nationalchinesen so zu stärken, daß sie potentiellen Angriffen wirkungsvoll entgegenzutreten können. Zur Zeit sind in Taiwan etwa noch 8600 Mann stationiert, die hauptsächlich für die Logistik im Indochinakrieg verantwortlich waren. Im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg war die Zahl des amerikanischen Kontingents von ursprünglich 3000 auf schließlich 10 000 im Jahre 1968 angestiegen.

(35) Peking drängt Taipei zu Gesprächen

Aus Anlaß des Frühlingsfestes hat Radio Fukien-Front der VBA an die Militäranghörigen und Zivilisten in der Provinz Taiwan appelliert, sich für die Vereinigung mit dem Mutterland einzusetzen. Dies sei der allgemeine Wunsch der Bevölkerung und auch die "Mehrheit der Chiang Kai-shek-Clique (wird) diesen glorreichen Weg einschlagen". Der Sender weist darauf hin, daß die Entwicklung der Lage immer günstiger für Peking und immer ungünstiger für die Clique um Chiang Kai-shek werde, die durch die diplomatischen Erfolge der chinesischen Regierung schwer getroffen worden sei. Welcher Weg zur Befreiung der Provinz einzuschlagen sei, wird erstmals deutlicher angesprochen: "Wir alle sind Chinesen, und die zwischen uns stehenden Dinge könnten durch Gespräche beiseitegeräumt werden" (MD, 13.2.1973). Das offizielle Taipei hat solche Offerten bisher schroff abgelehnt (C.a.72/2 Ü 34).

(36) Landsleute in Taiwan

Im Rahmen der Offensive des Lächelns gegenüber Taiwan hat sich die Hsinhua-Agentur (2.2.1973) für die "16 Mio. Landsleute in der Provinz Taiwan" eingesetzt. In einem längeren Bericht, der auf Nachrichten der Presse in Taiwan basiert, wird über das elende Leben der Bergleute, Arbeiter und Bauern sowie der Minderheiten in den Bergen berichtet. "Hinter dem dünnen Schleier eines unechten Wohlstandes in Taiwan verbirgt sich die nackte Tatsache der wachsenden Arbeitslosigkeit, durch die viele Menschen am Rande des Verhungerns kämpfen". Schlußfolgerung: "Die Landsleute in Taiwan verlangen sehnsüchtig nach ihren Landsleuten auf dem Festland des Mutterlandes", sie sind sehr interessiert an den neuen Dingen auf dem Festland, hören chinesische Rundfunksendungen und lesen Hong Kong-Zeitungen über Präsident Nixons China-Besuch. Möglicherweise soll zukünftig Taiwan größere Beachtung in der Presse geschenkt werden. Vorher hatte lediglich die Ta Kung Pao-Zeitung in Abständen intensiver über die Verhältnisse auf Formosa berichtet.

(37) Taiwan: Mitglieder des Kontroll-Yüan gewählt

Am 15. Februar sind 10 "zusätzliche Mitglieder" vom Kontroll-Yüan (監察院) gewählt worden: 7 aus der Provinz Taiwan und 3 aus der Stadt Taipei. Dazu wurden noch 5 Mitglieder dieses Hauses bereits im Dezember 1972 in überseeischen Gemeinden ausgewählt (Freies Asien, 22.2.1973). Der Kontroll-Yüan hat gemäß der chinesischen Fünf-Gewalten-Verfassung die Funktion, die Disziplin der Beamten zu kontrollieren und die Durchführung des Staatshaushalts nachzuprüfen. Seine Mitglieder werden nicht direkt vom Volk, sondern indirekt über die Provinzialversammlung bzw. den Stadtrat auf Provinzebene gewählt. Die direkten Wahlen für die "zusätzlichen Mitglieder" haben bereits am 23. Dezember 1972 stattgefunden (vgl. C.a.12)72 Ü 41).

*

(38) Erfolge der Außenpolitik der VRCh 1972

Das Jahr 1972 war für Chinas Außenpolitik äußerst erfolgreich. Aus über 100 Ländern kamen Delegationen; China selbst entsandte Delegationen oder Einzelpersonlichkeiten

in über 60 Staaten. Außerdem unterhielt das Land mit 130 Ländern und Regionen Handelsbeziehungen.

16 Staaten, unter ihnen 2 aus Asien, 4 aus Afrika, 4 aus Amerika, 4 aus Europa und 2 aus Ozeanien, nahmen 1972 Beziehungen mit der Volksrepublik auf, und zwar:

Malta	31. Januar
Vereinigte Staaten von Mexico	14. Februar
Republik Argentinien	19. Februar
Mauritius	15. April
Griechenland	5. Juni
Kooperative Republik Guayana	27. Juni
Republik Togo	19. September
Japan	29. September
BRD	11. Oktober
Republik Malediven	14. Oktober
Republik Malagasy (Madagaskar)	6. November
Großherzogtum Luxemburg	16. November
Jamaica	21. November
Republik Tschad	28. November
Australien	21. Dezember
Neuseeland	22. Dezember

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN**(39) Wird ASPAC aufgelöst?**

Der "Rat der asiatischen und pazifischen Staaten", kurz ASPAC genannt, wird höchstwahrscheinlich demnächst aufgelöst werden, da die meisten der Mitglieder inzwischen diplomatische Beziehungen zu Peking aufgenommen und zugleich mit Taiwan gebrochen haben, das ja ebenfalls dem ASPAC angehört.

Der ASPAC ist eine lockere, politisch-wirtschaftlich-kulturelle Organisation, die am 16. Juni 1966 gegründet wurde und der 9 westlich orientierte asiatische und pazifische Staaten angehören, nämlich Australien, Japan, Malaysia, Nationalchina, Neuseeland, die Philippinen, Südkorea, Südvietnam und Thailand (vgl. dazu C.a.72/6 Ü 26). Die VR China hatte den Rat in der Vergangenheit mehrfach als antikommunistische politische und militärische Allianz kritisiert. Japan, das seit dem letzten September diplomatische Beziehungen zu Peking unterhält, hat den ASPAC-Mitgliedstaaten empfohlen, der Rat solle seine Arbeit einstellen und sich auf längere Sicht auflösen. Auch Australien und Neuseeland sind dieser Meinung. Selbst Südkorea, Initiator des ASPAC, hat eine Auflösung des Rates angedeutet (Radio Japan IS, deutsch für Europa vom 19.2.1973).

(40) ECAFE: China arbeitet mit

An der 29. Hauptversammlung der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Asien und den Fernen Osten (ECAFE) wird China erstmals mit einer Delegation vertreten sein. Die Konferenz tagt ab 11. April in Tokyo.

(41) UNO: Weltabrüstungskonferenz

China hat mittlerweile seine Weigerung begründet, am Sonderausschuß der Weltabrüstungskonferenz teilzunehmen. Ursprünglich habe man den Sonderausschuß lediglich aus den fünf stän-

digen Mitgliedern des Sicherheitsrates, den Mitgliedern der Genfer Abrüstungskonferenz und 8 anderen Ländern zusammensetzen wollen. Die chinesische Delegation wollte nicht einsehen, wieso eine so wichtige Frage wie die Abrüstung nur von einem so eng gefaßten Kreis behandelt werden sollte. Sie schloß sich aber andererseits einem Antrag an, demzufolge sich der Sonderausschuß aus 35 Mitgliedern zusammensetzen sollte, die vom Präsidenten der UNO-Vollversammlung jeweils nach einer gründlichen Konsultation mit allen Regionalgruppen ausgewählt werden sollten. Der polnische Vorsitzende der Vollversammlung erklärte den zweiten Antrag jedoch als "aus Zeitgründen" nicht annehmbar und setzte den Ausschuß nach den ursprünglichen Regularien zusammen. Infolge dieses willkürlichen Vorgehens, vor allem aber auch wegen der von den beiden Supermächten mitunterstützten Exklusivität des zu bildenden Gremiums gab die Delegation der VRCh am 9. Januar die Erklärung ab, daß sie sich am Sonderausschuß der Weltabrüstungskonferenz nicht beteiligen werde (PRu 1973, Nr.3, S.9 f.).

INNENPOLITIK

(42) Frühlingsfest

Das Neujahrsfest, das den Chinesen diesmal einen 4-Tage-Urlaub brachte, wurde in Peking mit Raketen und Kanonenschlägen begangen. Ein in diesem Jahr besonders großer Konsumentenansturm in den Hauptgeschäftsstraßen wurde von den in Peking ansässigen Korrespondenten verzeichnet, ebenso wie die Vorführung traditioneller chinesischer Volkskunst auf öffentlichen Plätzen (NZZ, 5.2.1972). Eine große Reise-welle setzte ein, die Hunderttausende von Chinesen zum jährlichen Familientreffen brachte (C.a. 72/2 "Institutionalisierte Neujahrskampagnen").

Neben der Schilderung der alljährlichen Neujahrskampagnen berichtet die Presse über eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Produkten der Konsumgüter-Industrie (NCNA, 4.2.1973).

In einigen Städten der Provinz Anhui z.B. sind 10 000 Schweine mehr geschlachtet worden als im vergangenen Jahr. In den Gemüsehandlungen wird außer Wintergemüse auch Treibhausgemüse angeboten. "Die Provinz ist jetzt in der Lage, verschiedene Güter zu produzieren, die früher aus anderen Gebieten geliefert werden mußten. Plüsch, Samt und feine Wollstoffe sowie Güter der Leichtindustrie in reichhaltigen Sortimenten, die seit neuestem in der Provinz erzeugt werden, locken am Vorabend des Festes die Käufer in vielen Dörfern und Städten an".

In der gleichen Meldung wird von der Einrichtung zahlreicher mobiler Läden für die entlegenen Dörfer der südchinesischen Autonomen Region Kuangsi Chuan berichtet. Zum Frühlingsfest habe man in den Städten auch Läden an Hauptverkehrsstraßen und Stationen eingerichtet, die vor und nach den Geschäftsstunden geöffnet sind. Außerdem seien die Öffnungszeiten überhaupt verlängert worden. "Gesponnene Seide, Synthetik- und Baumwollstoffe, Bier und andere in der Autonomen Region hergestellte Waren werden sowohl auf den einheimischen Märkten als auch in anderen Provinzen verkauft."

(43) Festes Jugendliga-Komitee auf Provinzebene

Vom 12. - 19. Februar fand in Shanghai die 6. Städtische Tagung der Shanghaier Kommunistischen Jugendliga statt, an der 1553 Abgeordnete, Vertreter nationaler Minderheiten und Auslandschinesen teilnahmen. Dies ist das erste KJL-Komitee auf Provinzebene, denn Shanghai ist regierungsunmittelbare Stadt mit Provinzrang. Es scheint sich also zu bestätigen, daß der Wiederaufbau der KJL nach den neuen Direktiven noch in diesem Jahr seinem Abschluß nahegebracht werden soll. Ein Leitartikel der Volkszeitung geht in diesem Zusammenhang vor allen Dingen auf die Landverschickung der Jugendlichen ein: "Das ist ein neues soziales Phänomen. Es hat dem Traum des Imperialismus, des Revisionismus und der Reaktionäre einen schweren Schlag zugefügt, die über unsere junge Generation zurückzukehren hofften". Der Aufbau des sozialistischen Dorfes sowie die ideologische Revolutionierung der Jugend sei dadurch vorwärtsgetrieben worden. Es scheint jedoch noch Probleme in der Führung zu geben. Der Artikel betont besonders, daß Kaderangehörige der KJL die Führung durch die Liga bewußt zu akzeptieren hätten (NCNA, 23.2.1973).

(44) Bürgerliche Mentalität

Im Zusammenhang mit der Aktivierung der Jugendlichen in der Kommunistischen Jugendliga berichtet die Volkszeitung (20.1.1973) von bourgeoiser Mentalität in der Volksschule. In einer Shanghaier Volksschule seien einige Schüler mit einer Armbanduhr zum Unterricht gekommen. Daraufhin hätten sich andere eine solche auf den Arm gemalt. Der Schulleiter, so die Zeitung, erkannte die Keime einer ungesunden Mentalität, setzte sich mit den Eltern der Schüler in Verbindung und ließ der ganzen Klasse Unterricht im Klassenkampf erteilen.

(45) 300 000 Jugendliche aufs Land

Die Volkszeitung stellte am 30.1.73 fest, daß in 4 Jahren über 300 000 Jugendliche mit Schulbildung sich auf dem Lande angesiedelt hätten.

(46) UNO-Jahrbuch zu China

Mit 10,6 Mio. Einwohnern ist die chinesische Hafenstadt Shanghai die größte Stadt der Welt vor Tokyo mit 8,8 Mio. und New York mit 7,8 Mio. Einwohnern. Es folgen Peking (7,5 Mio. Einwohner), London (7,3 Mio. Einwohner) und Moskau (7 Mio. Einwohner). Dies geht aus dem demographischen Jahrbuch der Vereinten Nationen hervor, das sich auf Zahlen aus den Jahren 1970/71 stützt.

Von den 3,7 Mrd. Menschen (sie werden jedes Jahr um 74 weitere Millionen vermehrt) ist jeder zweite Asiate. 2,1 Mrd. Menschen lebten 1971 auf dem asiatischen Kontinent und repräsentierten damit 56,7% der Weltbevölkerung (Afrika: 354 Mio. = 9,5%; Nordamerika: 327 Mio. = 8,8%; Südamerika: 195 Mio. = 5,3%; Europa: 466 Mio. = 12,%; Sowjetunion: 247 Mio. = 6,6%).

China ist auch weiterhin das volkreichste Land der Welt (787 Mio.). Es folgen Indien (550 Mio.), Sowjetunion (245 Mio.), USA (207 Mio.), Indonesien (124 Mio.), Pakistan (116 Mio. - vor dem Bürgerkrieg!), Japan (104 Mio.), Brasilien (95 Mio.), BRD (59 Mio.) und Nigeria (56 Mio.).